



Der Weg zur Nachhaltigkeit

20 Jahre nach Rio

Das Jahr 1992 stand politisch und gesellschaftlich noch unter dem Eindruck der Umwälzungen im Herbst 1989, mit dem Ende des Kalten Krieges und der neuen Freiheit in Osteuropa. Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit prägte auch die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio. Es war die Hoffnung, mit der Friedensdividende – also dem Geld, das durch den Abbau der Rüstungsetats verfügbar sein würde, und der positiven Energie nach dem Ende der Konfrontation – gemeinsam die großen Probleme der Menschheit lösen zu können, allen voran die Zerstörung von Natur und Umwelt und die weltweite Armut.

Verantwortung und Vorsorge

Damals verabschiedeten 192 Staaten Konventionen zum Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt. Gleichzeitig einigten sie sich auf eine »Agenda 21« als Programm für das 21. Jahrhundert, an dem sich alle gesellschaftlichen Gruppen und politischen Ebenen beteiligen sollten, lokal bis international.

Zudem entstand eine Deklaration mit 27 Grundsätzen für eine nachhaltige Entwicklung. Zentral war die Forderung, »den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen heutiger und künftiger Generationen in gerechter Weise zu entsprechen«. Umwelt und Entwicklung sind demnach zwei Seiten einer Medaille. Die Bekämpfung der Armut wurde als integrativer Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung erkannt.

Beim Umweltschutz verständigte man sich auf das Vorsorgeprinzip: Der Umstand, dass die Wissenschaft bestimmte Kausalzusammenhänge noch nicht völlig durchdrungen hat, dürfe kein Argument dafür sein, Maßnahmen gegen drohende schwere Umweltschäden aufzuschieben. Betont wird auch die Verantwortung der reichen Länder, die die globale Umwelt besonders beanspruchen.

Nachhaltigkeit wurde 1992 zu einem politischen Begriff, den noch kaum jemand kannte. Heute verwenden ihn vor allem Politiker und Unternehmen so inflationär, dass er beliebig zu werden droht.

Aufbruchstimmung und die Hoffnung, gemeinsam eine bessere Welt schaffen zu können – das kennzeichnete 1992 den Umweltgipfel in Rio. Viele Erwartungen von damals haben sich nicht erfüllt. Welche Lehren hat die Staatengemeinschaft 20 Jahre später daraus zu ziehen, bei der UN-Konferenz, die Ende Juni wieder in Rio tagt? Wir bilanzieren – und werfen einen Blick in die Zukunft.

Zwiespältige Bilanz

Und was sagt die Praxis, 20 Jahre später? Haben wir die Zielmarken von damals erreicht? Die Bilanz von »Brot für die Welt« und Evangelischem Entwicklungsdienst (eed) fällt düster aus: »Von der Überwindung von Armut und Hunger ist die Welt noch weit entfernt, auch wenn sich in einigen (...) Schwellenländern der eine oder andere Indikator verbessert haben mag. Die großen Umweltprobleme wie die globale Erwärmung und der Verlust biologischer Vielfalt sind nach wie vor ungelöst.« Das Ziel, den globalen Artenschwund bis 2010 zu stoppen oder wenigstens zu begrenzen, wurde deutlich verfehlt. Und die Weltklimakonferenzen erschöpfen sich in zähen Verhandlungen und dünnen Ergebnissen, obwohl das »Vorsorgeprinzip« sofortiges Handeln erfordert, speziell der Industrie- und großen Schwellenländer. Sprich: Als Weltgemeinschaft sind wir insgesamt nicht auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit.

Doch könnte man auch anders bilanzieren und danach fragen, was sich im Denken verändert hat, im öffentlichen Bewusstsein, in politischen Prozessen? Da sieht man keine breiten, gut ausgezeichneten Wege, aber viele kleine Pfade in Richtung Nachhaltigkeit. Zwar ist nicht genug und vieles nicht schnell genug passiert, doch hat sich viel entwickelt seit 1992 – zum Beispiel:

- das Denken in globalen Zusammenhängen;
- die Erkenntnis, dass die Verteilungsgerechtigkeit etwa beim Klimaschutz bedeutet, dass jedem Menschen auf der Welt die gleichen CO₂-Emissionen zustehen;
- Der Zeithorizont hat sich erweitert. Offenkundig reicht das Denken in Wahlperioden nicht, um globale Probleme zu bewältigen. Galt vor Rio das Jahr 2050

noch als Zahl für Science-Fiction und Utopisten, so ist es heute Zielgröße für politische Programme.

- Auch wenn wir allzu häufig noch danach handeln: Das Motto »Nach uns die Sintflut« ist gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert.

- Mehr Menschen richten ihren Lebensstil danach aus, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen und weltweite Solidarität zu zeigen. Davon kündeten viele »bio-faire« Produkte und Projekte, die ein ressourcenarmes Leben in der Gemeinschaft ausprobieren.

- Institutionen von der Kirche bis zur Tagungsstätte bemühen sich um mehr Nachhaltigkeit, sie dokumentieren dies und lassen sich überprüfen.

- Einst visionäre Ziele wie eine Versorgung mit 100 % erneuerbarer Energie sind in Deutschland zu einem politischen Ziel mit breiter Zustimmung geworden.

- Unternehmen entwickeln Strategien für mehr Nachhaltigkeit nicht nur als Instrumente ihres Marketings, sondern um ernsthaft

ihre Produktion zu verändern.

Auf staatlicher Ebene haben solche Strategien bislang nur begrenzten Erfolg. Das Gebot der Nachhaltigkeit ist weder in Deutschland noch sonst wo zum roten Faden der Politik geworden. Dafür aber hat sich in vielen Städten und Gemeinden etwas getan, sowohl in der Kommunalpolitik wie auch auf Bürgerebene, ob traditionell mittels einer »Lokalen Agenda 21« oder in vielen neuen Initiativen wie »Urban Gardening« oder der Bewegung der »Transition Towns«, die einmal ganz ohne fossile Brennstoffe auskommen wollen.

Nun heben diese Pluspunkte die Negativpunkte der Bilanz zwar nicht auf, geben aber doch etwas Anlass zur Hoffnung.

Nachhaltige Entwicklung ist eine »Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können«.
[Brundtland-Bericht 1987]

Krise statt Aufbruch

Was ist nun von Rio 2012 zu erwarten? Anders als vor zwanzig Jahren herrscht diesmal keine Aufbruch-, sondern Krisenstimmung. Angesichts der Banken-, Staatsschulden- oder EU-Krise geraten die ökologische Krise und die Armutskrise in den Hintergrund. Der langsame stille Klimawandel vermag da kaum zu mobilisieren. Vergäben Ratingagenturen ihre Noten nach ökologischer Verschuldung, fielen alle Industriestaaten auf Ramsch-Niveau.

Wachstum, Rettungsschirme, noch mehr Wachstum – im Rahmen dieser globalen Agenda wird auch die Rio-Konferenz im Juni stattfinden. Dazu passt ihr inhaltlicher Schwerpunkt der Green Economy. Ein »Green New Deal« soll die Weltwirtschaft ankurbeln und gleichzeitig die Umweltprobleme lösen. »Grüne« Investitionen (etwa in erneuerbare Energien) sollen Ressourcenverbrauch und Emissionen verringern und dazu wirtschaftliches Wachstum schaffen. Mit technischen Verbesserungen hofft man das Wirtschaftswachstum so weit von dem Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, dass dem Wachstum keinerlei Zügel mehr angelegt werden müssen.

Abschied von einem Irrglauben

Aber so bedeutsam grüne Innovationen und Effizienz sind, der Glaube an ein grenzenloses Wachstum in einer begrenzten Welt ist ein Irrglaube. 20 Jahre nach Rio müssen die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit nicht nur verbal anerkannt, sondern eingehalten werden. Denn sie bilden die Leitplanken unseres Umweltraums, innerhalb derer sich die Wirtschaft und Gesellschaft entfalten.

Tatsächlich aber dominiert heute mehr denn je die Ökonomie: Ökologische und soziale Maßnahmen stehen unter Wachstumsvorbehalt und dürfen dem Wirtschaftswachstum nicht schaden. Doch das Gebot der Nachhaltigkeit erfordert einen grundlegenden Wandel, einen Zivilisationswechsel – daran führt nichts vorbei.

Die Welt muss Abschied nehmen vom verschwenderischen Konsum in den Industrieländern auf Basis eines unbegrenzten Wirtschaftswachstums. Weil Schwellen- und vor allem Entwicklungsländer wirtschaftliches Wachstum benötigen, müssen die Industrieländer ihren Verbrauch von Energie und Ressourcen drastisch senken – auch wenn dies ihre Wirtschaftsleistung verringert. Der Abschied vom Wachstumsmodell steht an – »by design or by disaster«, wie es der kanadische Ökonom Peter Victor formuliert hat.

Für einen Zivilisationswandel

Eine Vorstellung, ein Design für diesen Zivilisationswandel hat der BUND mit Brot für die Welt und eed in der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt« ausgearbeitet. In Kurzfassung heißt dies: Wir brauchen neue globale Übereinkünfte und gleichzeitig eine Renaissance der Regionen. Wir brauchen eine forcierte Effizienzstrategie für Energie und Rohstoffe und gleichzeitig einen achtsamen Lebensstil. Und die Politik muss ihre Priorität gegenüber der Wirtschaft zurückgewinnen. Apropos: Wirtschaft umfasst nicht nur die Geldökonomie, sondern auch Leistungen in Familie und Ehrenamt. Wir benötigen kürzere Arbeitszeiten und mehr Teilzeitmodelle, eine sozial ausgeglichene, gerechtere Gesellschaft sowie wirtschaftliche und soziale Strukturen, deren Stabilität nicht vom Wachstum abhängig ist.

Handeln auf allen Ebenen

Die stagnierenden internationalen Verhandlungen könnten mutlos machen, würde man allein auf diese Ebene setzen. Umso wichtiger ist das Handeln auf allen Ebenen – auch und gerade vor Ort, in den Kommunen. Hier brauchen wir eine neue Qualität des Handelns: Statt wie bisher auf Pilot- und Leuchtturmprojekte zu setzen, müssen wir die guten Beispiele vervielfältigen. Wir müssen ehrgeizigere Ziele anvisieren: So kann das Ziel, als Gemeinde energieautark zu werden, neue Energien freisetzen.

Auch zwingen knappe Kassen zu Prioritäten: Wir können nicht länger zweigleisig fahren, mit herkömmlichen Investitionen (für neue Straßen oder Parkhäuser) und gleichzeitig ein paar Fördermitteln für den öffentlichen Nahverkehr und Radwege.

Schließlich wird eine gute Bürgerbeteiligung immer wichtiger. Denn neben Leitbildern und einer konkreten Nachhaltigkeitsstrategie benötigen wir für einen konsequenten Kurswechsel viel Energie, Schwung und Hartnäckigkeit, und dazu technische Innovationen und alle gesellschaftlichen Kräfte. Nur dann wird uns der Zivilisationswandel gelingen.

Angelika Zahrnt

... ist Ehrenvorsitzende des BUND und Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung.

